

Fragen

**für die Fragestunde der 153. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Januar 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Burgbacher, Ernst (FDP)	26, 27	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	17, 28
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	39, 40	Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	12, 13
Fahrenschon, Georg (CDU/CSU)	24, 25	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	20
Feibel, Albrecht (CDU/CSU)	33	Laurischk, Sibylle (FDP)	38
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	18, 19	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	29, 30
Gewalt, Roland (CDU/CSU)	9, 16	Pau, Petra (fraktionslos)	31, 32
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	14, 15	Rupprecht, Albert (Weiden) (CDU/CSU)	23
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	4, 5	Scheuer, Andreas (CDU/CSU)	7, 8
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	3, 6	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	10, 11
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	21, 22	Spahn, Jens (CDU/CSU)	34, 35
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	36, 37	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	1, 2

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
Wie bewertet die Bundesregierung die geplante Vereinbarung zwischen Geberländern der International Development Association (IDA) der Weltbank-Gruppe, nach der die IDA den Anteil der direkten Zuschüsse an ihrer Entwicklungshilfe innerhalb von drei Jahren von derzeit 19 auf rund 30 Prozent erhöhen soll (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Januar 2005), und welche Folgen hat dies für den künftigen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur IDA?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)
Wie bewertet die Bundesregierung die Ankündigung der Regierung Kubas, die Beziehungen Kubas zur Europäischen Union (EU) normalisieren zu wollen, hinsichtlich der Frage einer möglichen Aussetzung der bestehenden Sanktionen der EU gegen Kuba, und wie wird sich die Bundesregierung bei der Sitzung des Rates der EU-Außenminister am 31. Januar 2005 zur künftigen Kuba-Politik positionieren?
3. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, dass durch die erzwungene Abgabe von Hilfsgütern an Warlords die Tätigkeit von Hilfsorganisationen in Somalia für die dortigen Opfer der Flutkatastrophe behindert wird?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

4. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(FDP)
Aufgrund welcher Normen im Kapitel Verbraucherinformation des Gesetzentwurfs eines Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs sollen neue Kennzeichnungspflichten hinsichtlich regionaler Herkunftszeichen sowie Ausgangsprodukte von Lebensmitteln

*) Siehe hierzu Frage 6.

eingeführt werden, wie von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, in der „Bild“-Zeitung vom 20. Januar 2005 dargestellt?

5. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)

Will die Bundesregierung die Lebensmittelwirtschaft verpflichten, Lebensmittel, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates vom 14. Juli 1992 zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel mit einer geschützten geographischen Angabe (g. g. A.) ausgezeichnet sind, mit zusätzlichen Angaben zur Herkunft der verarbeiteten Produkte zu versehen, und wenn ja, wie ist dies mit EU-Recht vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung, nachdem eine Hubschrauberbesatzung der in Dschibuti stationierten Bundeswehreinheiten auf Anfrage der somalischen Regierung hin 25 von der Außenwelt abgeschnittene Menschen in Somalia mit Lebensmitteln und Wasser versorgt hatte, die Hilfe auch anderen von Hilfsorganisationen schwer erreichbaren Teilen der somalischen Bevölkerung auf der Halbinsel Hafun (ca. 70 km nördlich von Foar) angeboten, und falls dies nicht der Fall ist, aus welchen Gründen gab es kein Hilfsangebot?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7. Abgeordneter
**Andreas
Scheuer**
(CDU/CSU)

Für welchen Verwendungszweck und welchen Verteilerkreis wurde die Dokumentation „Familie im Spiegel der amtlichen Statistik“ in englischer Sprache unter dem Titel „Families in Germany – Facts and Figures“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht?

* Siehe hierzu auch Frage 3.

8. Abgeordneter
Andreas Scheuer
(CDU/CSU)
- Welchen Anlass gab es für die Veröffentlichung, und welche finanziellen Mittel sind hierfür eingestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung seit Januar 2001 von den Innenministern und -senatoren der Länder über Vaterschaftsanerkennungen erhalten, bei denen – erstens – das Kind nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatte und die Mutter zur Ausreise verpflichtet war und es – zweitens – Hinweise gibt, dass die Anerkennung nur zum Schein erfolgte, also nicht aufgrund tatsächlicher leiblicher Abstammung oder zumindest sozial-familiärer Beziehung, sondern aus sachfremden Gründen, insbesondere zur Erlangung von Rechtsansprüchen auf Sozialleistungen oder Aufenthaltstitel?*)
10. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich Handlungsbedarf, um den derzeit offenbar herrschenden Regelzustand anonymer Sozial-Bestattungen von mittellosen Sozialhilfebezieher*innen ohne Familienangehörige in Reihenmassengräbern in Deutschland zu beenden, und wenn ja, welche gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um zumindest innerhalb der zuständigen Behörden eine konkrete namentliche Zuordnung der Grabstelle zu gewährleisten?
11. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Haben nach Beurteilung der Bundesregierung mittellose Sozialhilfeempfänger ohne Familienangehörige derzeit die Möglichkeit zu verhindern, dass sie nach dem Tode in einem anonymen Reihenmassengrab beerdigt werden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass jeder in Deutschland Verstorbene – ohne Unterschied nach Vermögensverhältnissen – ein Mindestanrecht auf eine Grabstelle mit Namenskennzeichnung hat, sofern er nicht ausdrücklich anonym bestattet werden wollte?

*) Siehe hierzu auch Frage 16.

- | | |
|---|---|
| 12. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für die vom Bundesrechnungshof in seinen „Bemerkungen 2004“ (Bundestagsdrucksache 15/4200) als „überfällig“ bezeichnete Novellierung des Verwaltungskostenrechts vorlegen, und wenn ja, welche Schwerpunkte wird dieser Gesetzentwurf haben? |
| 13. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU) | Soll die Umsetzung der vom Beamtenbund (dbb), der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Bundesminister des Innern, Otto Schily, vereinbarten Eckpunkte für „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ in einem oder mehreren Gesetzentwürfen erfolgen, und werden der Entwurf oder die Entwürfe nach § 48 Abs. 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien den Fraktionen des Deutschen Bundestages frühzeitig zur Kenntnis gegeben werden? |
| 14. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU) | Ergeben sich durch die Einführung von biometrischen Informationen in Reisepässen Einsparungen bei den Bürgern (z. B. weniger Gebühren für Visa-Anträge) und beim Staat (z. B. automatisierte Grenzabfertigung), und wenn ja, können die Einsparungen auf Seiten des Staates an die Bürger weitergegeben werden? |
| 15. Abgeordneter
Ralf Göbel
(CDU/CSU) | Welche Kosten sollen mit den Gebühren für Reisepässe mit biometrischen Merkmalen gedeckt werden, und werden bei der Gebührenfestsetzung auch andere Aspekte als die Kostendeckung berücksichtigt (z. B. Auswirkungen der Gebühren auf die Tourismuswirtschaft oder auf Familien mit Kindern)? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|---|
| 16. Abgeordneter
Roland Gewalt
(CDU/CSU) | Warum hat die Bundesregierung bislang keine Gesetzesvorlage in den Deutschen Bundestag eingebracht, die den Behörden bei dem Verdacht auf eine „Scheinvaterschaft“ ein Anfechtungsrecht gibt oder die Anerkennung der Vaterschaft zum Schein unter Strafe stellt?*) |
|---|---|

*) Siehe hierzu auch Frage 9.

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU) | Was plant die Bundesregierung zu unternehmen, um mit gesetzlichen Regelungen die Begleichung fälliger Rechnungen zu beschleunigen?*) |
| 18. Abgeordneter
Jochen-Konrad
Fromme
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 13. November 2003 in der Rechtssache C-313/01 (Christine Morgenbesser/Consiglio dell'Ordine degli Avvocati di Genova) hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse wie der französischen „Maitrise en droit“ als Voraussetzung für die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst für Deutschland, und zwar sowohl hinsichtlich der EU-Ausländer als auch für deutsche Staatsbürger, die diesen Abschluss im Ausland erworben haben? |
| 19. Abgeordneter
Jochen-Konrad
Fromme
(CDU/CSU) | Wann und wie wird die Bundesregierung dieses Urteil bei der Reform der Juristen- und Anwaltsausbildung berücksichtigen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 20. Abgeordneter
Michael
Kretschmer
(CDU/CSU) | In welchem Umfang ist die Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 13. Januar 2005 zutreffend, dass die Bundesregierung in einem internen Papier zur Finanzplanung der Europäischen Union eine Reduzierung bei den Strukturfonds plant, und welche Auswirkung hätte dies für die neuen Bundesländer? |
| 21. Abgeordneter
Bernhard
Kaster
(CDU/CSU) | Erwartet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutlichen Rückgänge der Tabaksteuereinnahmen nach den zwei Steuererhöhungen im Jahr 2004 auch mit Inkrafttreten der 3. Stufe der Tabaksteuererhöhung am 1. September 2005 einen weiteren Rückgang der Tabaksteuereinnahmen, und wenn nein, warum nicht? |

*) Siehe hierzu auch Frage 28.

22. Abgeordneter
**Bernhard
Kaster**
(CDU/CSU)

Wie viel Prozentanteile der 111,7 Milliarden Zigaretten, die gegenüber 2003 im vergangenen Jahr nach der Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 17. Januar 2005 weniger in Deutschland versteuert worden sind, gehen auf einen Rückgang des Zigarettenkonsums zurück, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine in 2004 angelegene Schmuggeltätigkeit in Bezug auf Zigaretten an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland?

23. Abgeordneter
**Albert
Rupprecht**
(Weiden)
(CDU/CSU)

Welche konkreten Ausnahmetatbestände bei der Bestimmung der Defizitobergrenze gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt soll es nach Auffassung der Bundesregierung in Zukunft geben, und nach welchen konkreten Kriterien hat sich die Bundesregierung auf diese – und nicht auf andere – Ausnahmetatbestände festgelegt?

24. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung die konkrete rechtliche Umsetzung ihrer Vorschläge zur Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts vor, und hält sie für eine Durchsetzung ihrer Vorschläge eine Änderung des EG-Vertrages und/oder eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit für notwendig?

25. Abgeordneter
**Georg
Fahrenschon**
(CDU/CSU)

Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, warum vor dem Hintergrund der mit dem Investmentmodernisierungsgesetz verfolgten Ansätze der Liberalisierung und Deregulierung die Anzahl der von im Inland ansässigen Anbietern und im Inland aufgelegten Investmentfondsprodukte im Vergleich mit den von diesen Anbietern im europäischen Ausland aufgelegten, aber hier vertriebenen Produkten rückläufig ist, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung hinsichtlich der Beschwerden zur Umsetzung des in der Gesetzesbegründung genannten Ziels der Beschleunigung hiesiger Zulassungsverfahren treffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

26. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter europäischen Gesichtspunkten die Entscheidung des französischen Staatskonzerns „La Poste“, das Porto für bis zu 20 Gramm schwere Standardbriefe von bislang einheitlich 50 Cent für Briefsendungen innerhalb Frankreichs sowie der EU ab 1. März 2005 auf 53 Cent für das Inland, aber 55 Cent für das EU-Ausland anzuheben?
27. Abgeordneter
Ernst Burgbacher
(FDP)
- Ist die Bundesregierung angesichts der hohen symbolischen Bedeutung eines einheitlichen Tarifs innerhalb Europas bereit, auf die französische Regierung einzuwirken, diesen Beschluss rückgängig zu machen?
28. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation kleinerer Unternehmen und Handwerker hinsichtlich der Zahlungsmoral ihrer privaten, gewerblichen und öffentlichen Auftraggeber?*)
29. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass die Arbeitsagenturen und die Arbeitsgemeinschaften ihre Datensätze nicht rechtzeitig an die Krankenkassen weitergegeben haben und daher die Krankenkassen noch keine neuen Krankenkassenkarten ausgeben konnten, und wenn ja, wie viele Empfänger von Arbeitslosengeld II sind davon betroffen (www.tacheles-sozialhilfe.de)?
30. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Was muss ein Empfänger von Arbeitslosengeld II bzw. ein 1-Euro-Jobber beachten, der Urlaub machen möchte (Versicherungsschutz, Auslandsaufenthalt, Erreichbarkeit etc.)?
31. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Wie viele Anträge auf Arbeitslosengeld II wurden bis zum 31. Dezember 2004 gestellt, und wie hoch war der Anteil der Sozialhilfeberechtigten und der Arbeitslosenhilfebeziehenden (bitte nach Geschlecht und ausländischen und deutschen Beziehern aufschlüsseln)?

*) Siehe hierzu auch Frage 17.

32. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Wie viele der Antragsteller haben Anspruch auf Arbeitslosengeld II, und wie hoch ist der Anteil derjenigen, die vorher Sozialhilfe bezogen haben (bitte nach Geschlecht und ausländischen und deutschen Beziehern aufschlüsseln)?
33. Abgeordneter
Albrecht Feibel
(CDU/CSU)
- Trifft die Annahme des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, zu, dass im Jahr 2015 die Verbraucher allein für Windkraftstrom eine Einspeisevergütung in Höhe von 5,4 Mrd. Euro zu tragen hätten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

34. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Kassenärztliche Vereinigung in Berlin angekündigt hat, keine weiteren Verfahren mehr gegen Zahlungsverweigerer der Praxisgebühr von zehn Euro pro Quartal anzustrengen (vgl. Bericht in der BERLINER MORGENPOST vom 18. Januar 2005), und welche Auswirkungen hätte ein solches Vorgehen nach Auffassung der Bundesregierung auf die Zahlungsmoral der Patienten?
35. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- In welcher Weise werden die von Verbänden und Institutionen zum Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) abgeordneten Mitarbeiter (vgl. u. a. Antwort des Staatssekretärs im BMGS, Heinrich Tiemann, vom 8. Dezember 2004 auf die schriftliche Frage 86 des Abgeordneten Dr. Michael Luther auf Bundestagsdrucksache 15/4477) bei Gesetzgebungs- und anderen Verfahren beteiligt, und wie ist sichergestellt, dass die abgeordneten Mitarbeiter weiterhin zahlenden Verbände und Institutionen auf diesem Weg nicht vorteilhaft Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können?
36. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung den ihr bereits seit Ende des Jahres 2004 vorliegenden 2. Armuts- und Reichtumsbericht dem Deutschen Bundestag bis auf weiteres nicht vorlegt (Antwort des Parla-

mentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Franz Thönnies, vom 13. Dezember 2004 auf meine schriftlichen Fragen 75 und 76 auf Bundestagsdrucksache 15/4574), obwohl die Bundesregierung nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 2001 (Bundestagsdrucksache 14/6628) dazu verpflichtet ist, den Bericht „in der Mitte der Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag vorzulegen“?

37. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)

Trifft es zu, dass nach dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung die Vermögen von Arbeitnehmerhaushalten in den letzten zehn Jahren um rund 20 Prozent gestiegen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

38. Abgeordnete
**Sibylle
Laurischk**
(FDP)

Gibt es Möglichkeiten der Kofinanzierung mit Mitteln der EU für den Ausbau der Europäischen Bahntransversale Paris–Budapest, sowohl für die deutschen Teilabschnitte als auch für die in den anderen Ländern?

39. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die so genannte Emslandautobahn oder auch Ostfriesenspieß genannte Bundesautobahn A 31 nur durch die Initiative der Kommunen und der rund 1 600 regionalen, privaten Investoren, die mit insgesamt ca. 54 Mio. Euro knapp ein Viertel der Baukosten für die 42 km lange Strecke übernommen haben, zehn Jahre früher als im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vorgesehen fertiggestellt werden konnte, so dass bereits seit dem 1. Januar 2005 und nicht erst ab dem Jahr 2016 Gebühren aus der so genannten Lkw-Maut erhoben werden können, und wie begründet sie ihre Haltung, auch im Hinblick auf mögliche ähnliche Projekte in der Zukunft?

40. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Kommunen und die privaten Investoren anteilmäßig an dem Vorteil in Gestalt der Einnahmen aus der so genannten Lkw-Maut für diesen Autobahnabschnitt, der sich daraus

ergibt, dass durch den vorzeitigen Lückenschluss bereits seit dem 1. Januar 2005 für diesen Abschnitt Mautgebühren erhoben werden können, während bei einer planmäßigen Fertigstellung laut BVWP solche dem Bund voraussichtlich erst ab dem Jahr 2016 zugeflossen wären, beteiligen bzw. diese anderweitig entschädigen, und wie begründet sie ihre Haltung?